

Interview:

Die Bielerin Nadia Graber war ein Jahr lang im Friedenseinsatz in Guatemala

Anhaltende Straflosigkeit und ausgeprägte Ungleichheiten

Von Josef Bossart / Kipa

Bern/Biel, 22.4.08 (Kipa) Nur schleppend wird in Guatemala der Friedensvertrag umgesetzt, der vor zwölf Jahren nach 36-jährigem Bürgerkrieg abgeschlossen wurde. Praktisch alle Straftaten bleiben ungeahndet. Wie kaum anderswo in Lateinamerika sind die Ungleichheiten ausgeprägt. Im Auftrag der Nichtregierungsorganisation Peace Brigade International (PBI) weilte die Bielerin Nadia Graber ab Februar 2007 ein Jahr im Friedenseinsatz in Guatemala. - Kipa hat die gelernte Pflegefachfrau dazu befragt.

Kipa: 1996 wurde nach 36-jährigem Bürgerkrieg ein Friedensvertrag abgeschlossen. Doch Guatemala gilt immer noch als Gewaltherd. Was sind Ihres Erachtens die wichtigsten Ursachen dafür?

Nadia Graber: Ein wichtiger Grund ist sicher, dass die ursprünglichen Auslöser dieses Bürgerkrieges immer noch nicht gelöst werden konnten. Die Umsetzung der Friedensverträge geht deshalb nur sehr langsam voran. Viele Organisationen der zivilen Gesellschaft kritisieren den fehlenden politischen Willen der Regierung.

Kaum anderswo in Lateinamerika sind die Ungleichheiten so ausgeprägt. Die ländliche, vorwiegend indigene Bevölkerung wird diskriminiert, 50 Prozent der Guatemalteken leben in Armut, und das Schulsystem auf dem Land funktioniert sehr schlecht. Die Mehrheit der Bevölkerung hat keine Arbeit und keine Perspektiven. Und: Guatemala ist immer noch im Besitz von wenigen Oligarchen.

Justiz und Polizei sind sehr korrupt. Letztes Jahr wurde bekannt, dass es auf verschiedenen Ebenen des Staatsapparates parallel operierende illegale Gruppierungen gibt. Polizei und Staatsanwaltschaft arbeiten sehr ineffizient. Das begünstigt die anhaltende Straflosigkeit – erschreckende 98 Prozent der Delikte bleiben in Guatemala ungeahndet. Auch geht die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für die während des Bürgerkrieges begangenen Gräueltaten extrem schleppend voran.

Die Strukturen der Gesellschaft wurden durch den Krieg zum Teil völlig zerstört, die Wahrheitsfindung, die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Entschädigung der Kriegsoffer werden von den Regierungen nicht gefördert. Auch blüht das Geschäft mit der Unsicherheit: In Guatemala gibt es fünf Mal mehr private Sicherheitskräfte als Polizisten, und das Land verfällt nach und nach der Drogenmafia.

ADMINISTRATION

Perolles 36 Postfach 192 CH-1705 Freiburg

Tel. ++41 (0)26 426 48 31 Fax ++41 (0)26 426 48 30

PC 17-337-2 / Bank: Freiburger Kantonalbank 768/01.10.041 393-07

E-MAIL administration@kipa-apic.ch

REDAKTION

Perolles 36 Postfach 192 CH-1705 Freiburg

Tel. ++41 (0)26 426 48 21 Fax ++41 (0)26 426 48 00

E-MAIL kipa@kipa-apic.ch

INTERNET www.kipa-apic.ch

Kipa: Allein durch ihre Präsenz verschaffen die internationalen Beobachter guatemaltekischen Nichtregierungsorganisationen mehr Schutz und Handlungsspielraum für ihre Friedens- und Menschenrechtsarbeit. Das behauptet zumindest PBI. Nach einem Jahr als Freiwillige in Guatemala: Können Sie eine solche Wirksamkeit bestätigen?

Graber: Ja, in vielen Situationen haben wir festgestellt, dass durch unsere Gegenwart die Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern zurückgehen kann und die begleiteten Organisationen ihrer Arbeit entspannter und mit mehr Freiraum nachgehen können. So melden uns zum Beispiel die begleiteten Organisationen zurück, dass sie bei Behördengängen weniger schikaniert werden und dass ihre Anliegen schneller bearbeitet werden.

Die Koordinationsorganisation der indigenen Witwen (Conavigua) organisiert Exhumationen von geheimen Gräbern, um ihre während des Bürgerkrieges verschwundenen Angehörigen wieder zu finden und den Familien ein würdiges Begräbnis zu ermöglichen. Doch oft leben Opfer und Täter der Massaker, die gegen die Indigene Bevölkerung Guatemalas verübt wurden, in den gleichen Gemeinden.

Deshalb sind Organisationen, die gegen die Straflosigkeit und für die Aufarbeitung der Vergangenheit kämpfen, Verfolgungen, verbalen und körperlichen Angriffen oder Verleumdungsaktionen ausgesetzt. Durch die PBI-Präsenz stellen wir fest, dass die Exhumationen sicherer durchgeführt werden können und dass die Aufmerksamkeit für die Belange der begleiteten Organisationen auf internationaler Ebene diese bestärkt, weiterhin für ihre Rechte einzustehen.

Schliesslich: PBI begleitet nur auf Anfrage. Letztes Jahr hatten wir eine Zunahme an Anfragen um 30 Prozent! Für uns war das ein klares Zeichen, dass die Menschenrechtsaktivisten internationale Präsenz brauchen und dass unserer Organisation vertraut wird.

Kipa: Wie stark mussten Sie selber auf Ihre eigene Sicherheit bedacht sein, und wie hat sich das auf Ihren Alltag ausgewirkt?

Graber: Die Sicherheit war rund um die Uhr ein zentrales Thema. Es werden mindestens wöchentliche Sicherheitsanalysen unserer Aktivitäten gemacht. Durch das Begleiten bedrohter Menschenrechtsaktivisten sind wir bei konflikthaften Ereignissen präsent. Diese Präsenz wird nicht von allen Leuten gerne gesehen. PBI bearbeitet vertrauliche Informationen und berichtet von eigenen Beobachtungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Bei Begleitungen in unbekannte oder unsichere Regionen benachrichtigen wir die Mitglieder unseres nationalen Unterstützungsnetzes - Botschaften, Menschenrechtsombudsstelle, Regierungsstellen, nationale und lokale Polizei -, damit sie über unsere Tätigkeit informiert sind und allfällige Schritte unternehmen können, um uns und den begleiteten Organisationen in schwierigen Situationen Unterstützung zukommen zu lassen.

In der Hauptstadt Guatemala-Stadt, dem grössten Gewaltherd des Landes, konnten wir nur in wenigen Quartieren zu Fuss unterwegs sein. Oft mussten wir uns mit unseren Vertrauenstaxis fortbewegen.

Auf privater Ebene ist durch die unsichere Lage in Guatemala allgemein Vorsicht geboten. Aus Angst vor Überfällen oder sonstigen Übergriffen ist die Hauptstadt nachts menschenleer, und man muss mit Taxis unterwegs sein. Allgemein ist ein grosses

Misstrauen in der Bevölkerung zu spüren und alle verschanzen sich in ihren mit Stacheldraht und Eisengittern geschützten Häusern.

Kipa: Die indigene Bevölkerung begehrt in Guatemala immer mehr gegen die eigene Rechtlosigkeit auf. Haben Sie selber Zeichen dieser Entwicklung miterlebt?

Graber: Es gibt viele indigene Organisationen, die sich für ihre Rechte stark machen. Zahlreich sind jene, die im Bereich Aufklärung und Ausbildung in indigenem Recht oder im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus tätig sind. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der damit verbundene Kampf gegen die Straflosigkeit für die über 600 Massaker, die gegen die Mayabevölkerung während des Bürgerkrieges (1960-1996) verübt wurde, ist ein weiterer Schwerpunkt der indigenen Nichtregierungsorganisationen.

Die zwischen der Guerilla und der guatemaltekischen Regierung unterzeichneten Friedensabkommen und die von Guatemala ratifizierten internationalen Abkommen unterstützen die Rechte der Mayabevölkerung. Die Umsetzung geht aber nur sehr langsam und mit wenig politischem Willen vor sich.

Was mehr und mehr an Stärke gewinnt, ist die Organisation von lokal durchgeführten Gemeindeabstimmungen über Grossprojekte in Minenarbeit oder Wasserkraftwerken. Transnationale Firmen, interessiert an den zahlreichen Bodenschätzen Guatemalas, besitzen bereits sehr viele Bewilligungen für ihre Projekte, die ihnen vom Staat abgegeben werden - ohne Information oder Konsultation der betroffenen lokalen Bevölkerung.

Die Grossprojekte verletzen jedoch zahlreiche Menschenrechte. Mit Rückhalt des Gemeindegesetzes oder internationaler Abkommen führen indigene Bürgermeister Gemeindeabstimmungen durch, in der sich die Bevölkerung mit klarer Mehrheit gegen diese Grossprojekte ausspricht und für mehr Mitspracherecht einsteht.

Im Departament Huehuetenango zum Beispiel haben sich bereits 200.000 von einer Million Bewohnern zu diesen Belangen ausgesprochen. Wie lange der guatemaltekische Staat diese Bewegung missachten kann, bleibt offen. Das Verfassungsgericht hat trotz wachsendem nationalem und internationalem Druck 2007 entschieden, dass die Volksbefragungen zwar legal, aber "nicht verpflichtend" sind.

Hinweis: www.peacebrigades.ch

Hinweis für Redaktionen: Zu diesem Beitrag sind honorarfreie Bilder erhältlich. Sie können bei der Presseagentur Kipa angefordert werden: kipa@kipa-apic.ch
(kipa/job/ak)
